



CDU-Präsidium legt Arbeitsprogramm fest

Mit dem Essener Parteitag hat die CDU den Neuanfang begonnen. Es ist uns gelungen, wieder konzentriert in die politische Sacharbeit einzusteigen, erklärte die Parteivorsitzende Angela Merkel nach der Klausurtagung des Parteipräsidiums am 11. und 12. Juni in Berlin.

Der Schwung des Essener Parteitages muss nun aber in eine nachhaltige Stimmungsveränderung im Land umgesetzt werden. Denn wir geben uns nicht mit immer besser werdenden Umfragen zufrieden. Wir haben ein anspruchsvolleres Ziel: Wir wollen die Bundestags-

Fortsetzung Seite 3

Schlüsselübergabe neue CDU-Bundesgeschäftsstelle, (von links nach rechts) Thomas Pink (Architekt), CDU-Bundesvorsitzende Angela Merkel, Klaus Groth (Groth Gruppe), siehe auch Seite 4

INHALT

RENTEN

Christian Wulff zum Stand der Rentengespräche.

SEITE 5

STEUERREFORM

78 führende deutsche Wirtschafts-Professoren haben die rot-grüne Steuerreform scharf kritisiert.

SEITE 25

**CDU ERWARTET
FORTSCHRITTE BEI DEN
RENTENGEPRÄCHEN**

Seite 5/8

Die CDU-Vorsitzende Angela Merkel hat erneut ihre Bereitschaft für eine parteiübergreifende Rentenreform bekundet. Voraussetzung dafür aber sei, dass die Regierung ein in sich abgestimmtes Konzept vorlege. Die Union müsse „schon kennen“, auf was sie sich einlasse.

Merkel unterstrich, es gebe weiter Meinungsunterschiede mit der Regierung. Unter anderem lehne die Union den von Arbeitsminister Walter Riester (SPD) geforderten Ausgleichsfaktor ab. Der Ausgleichsfaktor soll vor allem die Rente von jungen Versicherten vermindern, wenn diese die Möglichkeit haben, privat vorzusorgen.

**CDU-SOZIALSTAATS-
KONGRESS IN BERLIN**

Seiten 9/13

„Der deutsche Sozialstaat braucht eine Neuorientierung. Geringfügige Reparaturen am bestehenden System sind nicht ausreichend.“ So Angela Merkel und Christian Wulff in ihrer Einladung zum CDU-Sozialstaatskongress „Der faire Sozialstaat - eine neue Politik für eine neue Zeit“, der am 24. Juni 2000 in Berlin stattfand. Mit dem Kongress soll die Debatte über eine neue Sozialpolitik eröffnet werden. Weitere Informationen finden Sie im Innern des UiD und im Internet unter

<http://www.cdu.de/projekt21/indx-s21.htm>

**WIR BLEIBEN DIE
PARTEI DER INNEREN
SICHERHEIT**

Seiten 21/24

Die CDU fordert eine konsequentere Bekämpfung von Kriminalität und eine bei den Ursachen ansetzende zukunftsorientierte Kriminalpolitik. „Manche lieb gewordenen überzogenen liberalen Positionen“ müssten auf den Prüfstand gestellt werden, heißt es in einem Thesenpapier zur Kriminalpolitik. „Die CDU ist und bleibt die Partei der Inneren Sicherheit“, betonte Generalsekretär Ruprecht Polenz.

IMPRESSUM



UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, Redaktion: Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 53113 Bonn, Telefon (0228) 5440, e-mail: ernst.neuper@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Tel. (02226) 802-0, Telefax (02226) 802-111/333. Vertrieb: Tel. (02226) 802-123. Verlagsleitung: Bernd Profitlich. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementpreis jährlich 60,- DM. Einzelpreis 1,60 DM. Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.

Fortsetzung von Seite 1

wahl 2002 gewinnen. Auf diesem Weg bleibt noch vieles zu tun. Denn es muß in unserm Land wieder „Zur Sache „ gehen. Viele Probleme sind nicht gelöst: bei Steuern und Rente , in Bildung und Ausbildung, auf dem Arbeitsmarkt. Die technologische Leistungsfähigkeit Deutschlands hat gelitten. Das Wissen, das Können und der Unternehmungsgeist der Menschen brauchen wieder größere Freiräume. Dort wollen wir vorankommen. Deshalb muss das Jahr 2000 ein Jahr der klugen Entscheidungen werden.

Das vom Präsidium gebilligte Arbeitsprogramm und die Erklärung der Parteivor-sitzenden finden Sie in diesem UID unter der Rubrik CDU-Extra und im Internet unter:

<http://>

[www.cdu.de/presse/
archiv-2000/
pr106-00.htm](http://www.cdu.de/presse/archiv-2000/pr106-00.htm)

CDU-Kolloquium

Am Mittwoch, 28. Juni 2000 findet im Apollo Saal der Deutschen Staatsoper in Berlin ein Deutsch-Polnisches Kolloquium der CDU statt. An der Diskussion nehmen Tadeusz Mazowiecki, Richard von Weizsäcker und Wolfgang Schäuble teil.



Angela Merkel im Gespräch mit Claus Boje, Produzent des deutschen Erfolgsfilmes „Sonnallee“ und Ralf Bähr von der Filmförderungsanstalt. (Foto: Chaperon)

UID - FILMEMPFANG

Kinofilm ein Refugium im Medienzeitalter

„Der Kinofilm bietet im Zeitalter von Fernsehen und Internet nahezu ein Refugium für gemeinsame Kommunikationserlebnisse“, betonte die CDU-Vorsitzende Angela Merkel beim CDU-Filmempfang 2000 in Berlin.

Vor 150 Spitzenrepräsentanten der deutschen Filmwirtschaft bekannte Frau Merkel, dass sie „mit vielen Menschen in unserem Land durchaus eine heimliche Faszination für die Filmszene teile“. Der deutsche Film sei aber nicht nur Kulturgut, sondern auch ein Wirtschaftsfaktor, der den Men-

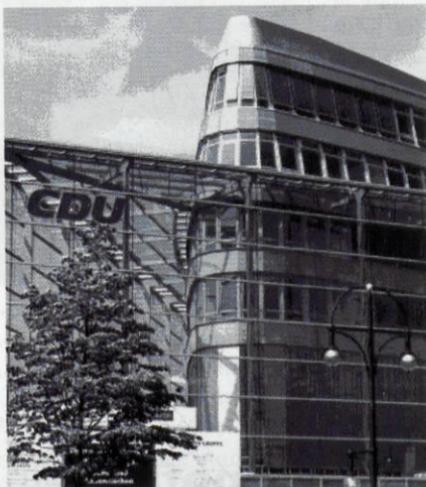
schen konkrete Chancen biete.

Die Bedeutung des deutschen Films unterstrich auch der CDU-Filmexperte und Obmann für Kultur und Medien der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Bernd Neumann MdB. Die Unionsfraktion habe einen Antrag im Bundestag mit dem Ziel gestellt, die Rahmenbedingungen für den deutschen Film zu verbessern. „Die Union will eine funktions- und wettbewerbsfähige Filmwirtschaft und dazu gehören unabhängige, möglichst kapitalkräftige Produzenten“, betonte Neumann.

CDU mitten in Berlin

Die neue CDU-Bundesgeschäftsstelle liegt mitten in Berlin. Bei einem Festakt am 16. Juni in Berlin übergaben der Berliner Bauunternehmer Klaus Groth und der Architekt Thomas Pink vom Düsseldorfer Architektenbüro Petzinka und Pink der CDU-Vorsitzenden Angela Merkel symbolisch den Schlüssel für das neue Haus auf dem Klingelhöfer-Dreieck am Tiergarten.

Frau Merkel nannte den Neubau ein „mutiges und selbstbewusstes Projekt“, dessen Offenheit Programm sei. Sie unterstrich, dass die neue CDU-Bundesgeschäftsstelle kein abgeschlossenes Bürohaus sei. Vielmehr werde die CDU Menschen ins Haus zu Gesprächen und Diskussionen einladen. Auch die Bundesgeschäftsstelle in Berlin symbolisiere den Neuanfang der CDU. Die CDU-Vorsitzende verglich den Bau mit „einem Schiff, das fest gebaut auf hoher See standhält“. Als „Schlachtschiff“ bezeichnete der Regierende Bürgermeister von Berlin, Eberhard Diepgen, die neue CDU-Bundes-



geschäftsstelle. Mit knapp 100 Mitarbeitern nimmt die CDU ab 3. Juli die Arbeit in der neuen Geschäftsstelle auf. Zuvor sagt die CDU-Bundespartei am 30. Juni mit einem Bürgerfest in der Innenstadt „Danke, Bonn“.

UID

ANGELA MERKEL

Zum Tode von **Christiane Herzog**

Mit großer Bestürzung haben wir den Tod von Frau Christiane Herzog zur Kenntnis genommen. Mit ihrer großen Menschlichkeit und ihrer Bürgernähe hat Christiane Herzog einen festen Platz in den Herzen der Bevölkerung erobert. Bewundernswert war ihr soziales Engagement insbesondere für die Muko-



Christiane Herzog

vizidose-Hilfe. Christiane Herzog war eine First Lady im wahrsten Sinne des Wortes und eine großartige Stütze für ihren Ehemann. Die

CDU Deutschlands spricht Roman Herzog und seiner Familie ihr tiefes Beileid aus. Wir wünschen ihnen alle Kraft für diese schweren Stunden des Abschieds.

CHRISTIAN WULFF:

Schröders großer Wurf – in Wirklichkeit Blendwerk

„Zum Stand der Rentengespräche mit der rot-grünen Bundesregierung nach der Kanzlerrunde am 13. Juni“, erklärte Christian Wulff, stellvertretender Bundesvorsitzender der CDU Deutschlands und Teilnehmer an den Rentenkonsensgesprächen mit der Bundesregierung:

Erstens: Die Union hat zentrale Forderungen durchgesetzt und wichtige politische Ziele erreicht

■ Die Union hat durchgesetzt, dass als Zeithorizont für die Reform das Jahr 2030 gewählt wurde. Denn nur so ist eine echte Reform überhaupt möglich. Die Regierung hatte sich auf die nächsten 15 Jahre konzentrieren wollen, um die demographischen Probleme und den daraus resultierenden Reformdruck innerhalb der Rentenversicherung zu verschleiern.

■ Wir haben die Bundesregierung dazu gezwungen, die demographischen Herausforderungen anzuerkennen. Die Bundesregierung muß eine wirkliche Strukturreform auf den Tisch

zu einem weiteren Täuschungsmanöver reicht die Union nicht die Hand. Die Regierung mußte erstmals zugeben, dass das heutige Rentenniveau auf Dauer nicht zu halten ist. Das „Schwarze-Peter-Spiel“ von Minister Riester, wonach die Union für die schlechten und die Koalition für die guten Botschaften in der Rentenpolitik verantwortlich ist, haben wir damit ein für allemal beendet.

■ Die Union hat durchgesetzt, dass bei der privaten Alterssicherung nicht gekleckert, sondern geklotzt wird. Die nachgelagerte Besteuerung der Aufwendungen für die private Altersvorsorge und eine Berücksichtigung der Kinderzahl sind einzig und alleine auf Druck der Union in das Konzept aufgenommen worden. Inzwischen ist vorgesehen, dass auch Selbständige die Förderung in Anspruch nehmen können.

■ Die Union hat das Transparenzgebot in der gesetzlichen Rentenversicherung durchgesetzt, wonach die Versicherten jährlich über den Stand der Rentenanwart-

schaft informiert werden. Die Regierung beabsichtigt, diese Regelung erst 2004 einzuführen. Wir aber bestehen auf die Einführung schon mit der Rentenreform im Jahr 2001.

■ Eine „Mindestsicherung“ innerhalb der Rentenversicherung ist zuerst einmal vom Tisch.

■ In der Hinterbliebenenversorgung ist auf Druck der Union eine Familienkomponente eingebaut worden.

■ Eine Aufstockung der Rentenleistung wegen Kindererziehung sollen künftig auch Versicherte bekommen, die zwei oder mehr Kinder erzogen haben und nicht gleichzeitig erwerbstätig waren.

Zweitens: Schröders Renten-vorschlag im Spitzengespräch am 13. Juni 2000: unausgereift, unseriös und nicht abgestimmt.

■ Im Spitzengespräch am 13. Juni zauberte der Bundeskanzler nach zwei Stunden zäher Diskussion ein vermeintliches Konzept in Höhe von 19,5 Mrd. DM für die private Altersvorsorge hervor, das er nicht erläutern

konnte, für das er keine Beispielrechnungen über die Auswirkungen präsentieren konnte und das offenbar am Arbeitsminister vorbei völlig losgelöst von dessen wenige Tage zuvor vorgestellten Rentenkonzept entstanden war. Die Absicht war klar: die Opposition sollte überfahren werden und vor der ganzen Öffentlichkeit düpiert werden - nur vordergründig ging es um die Sache. Denn die notwendigen Detailfragen zu dem Konzept hätten in den wenige Tage vorher geführten Gesprächen auf Mitarbeiterebene mit dem Arbeitsministerium und dem Finanzministerium sowie in der Konsensrunde mit den Ministern Eichel und Riester am 7. Juni geklärt werden können. Nur zu diesem Zweck fanden diese Gespräche statt - freilich, ohne dass die Bundesregierung auch nur ansatzweise ihre Vorstellungen zur privaten Altersvorsorge präzisieren wollte.

■ Wir sagen: Gründlichkeit geht vor Schnelligkeit. Auf kaum einem anderen Feld gilt dieser Satz so sehr wie in der Rentenpolitik. Deswegen haben wir das Gespräch mit dem Bundeskanzler am 13. Juni nach dessen 15 Zeilen-Vorschlag unterbrochen. Deswegen wollten wir das, was der Bundes-

kanzler als sog. „Kombinationsmodell“ zur Förderung der privaten Altersvorsorge vorgeschlagen hat, erst einmal grundlegend prüfen.

■ Maßgebliche Inhalte, die für das Finanzvolumen und die Verteilungswirkungen entscheidend sind, wurden uns erst Tage später von Mitarbeitern des Bundesfinanzministeriums erläutert. Dabei stellte sich schnell heraus, dass die konkreten Auswirkungen auf Rentner und Beitragszahler bisher nicht einmal untersucht worden waren. Der Kanzler-Vorschlag wirft mehr Fragen auf als er beantwortet!

■ Hätte die Union den Vorschlag des Bundeskanzlers in den Verhandlungen vorbehaltlos akzeptiert, wäre ihr dies als vorzeitiges Einknicken gegenüber den Regierungsvorschlägen ausgelegt worden. Zudem hätte die Union Pate für ein schlampiges Verfahren gestanden.

■ Im übrigen: Eine Rentenreform kommt nicht alleine dadurch zustande, dass man 20 Mrd. DM auf den Tisch knallt. Der Union geht es nicht um einen bestimmten Geldbetrag, sondern um eine substantielle Förderung der privaten Altersvorsorge, die Beitragszahlern und Rentnern eine verlässliche Grundlage gibt.

■ Die bisher vorgelegten Renten-Vorschläge der Bundesregierung sind selbst innerhalb der SPD höchst umstritten. Es ist fraglich, ob sich in Fraktion und Partei überhaupt eine Mehrheit dafür finden wird. Deswegen grenzt es schon an eine Zumutung, von der Union Zustimmung zu einem Konzept zu erwarten, das von weiten Teilen der SPD in Frage gestellt und fast täglich verändert wird.

Drittens: Schröders „großer Wurf“ – in Wirklichkeit Blendwerk!

■ Tatsächlich handelt es sich bei Schröders Vorschlag nicht um ein „Kombinationsmodell“, wie von der Bundesregierung behauptet, sondern um ein „Entweder-oder-Modell“, denn: Es kann nur ein Steuervorteil oder ein Zuschuss in Anspruch genommen werden.

■ Das Modell richtet sich an sozialversicherungspflichtig Beschäftigte und an Selbstständige und nicht – wie im Modell von CDU und CSU vorgesehen – an alle Personen.

■ Bei den 19,5 Mrd., die für das Jahr 2008 maximal als Fördersumme in Aussicht gestellt werden, handelt es sich um einen Buchwert, der nur deswegen so hoch ausfällt, weil eine 100%ige In-

anspruchnahme und eine 100%ige Ausschöpfung der Fördersumme unterstellt werden. Geht man von realistischen Annahmen aus (75% Inanspruchnahme und 75% der Fördersumme), die beim Unions-Modell zugrunde gelegt wurden (mit den vielzitierten 10,6 Mrd. DM Fördersumme), kommt man auf ein Fördervolumen von 10,9 Mrd. DM. Die fiskalischen Wirkungen sind damit in beiden Modellen identisch!

■ Durch das langsame Anlaufen der Förderung (mit 0,5%-Punkten pro Jahr) wird jeglicher Anreiz, in die private Förderung einzusteigen, gebremst. Wichtiger wäre ein „kräftiger Schluck aus der Pulle“ - auch unter dem Aspekt, dass eine private Förderung möglichst schnell aufgebaut werden muss. Außerdem stellt sich die Frage, in welchem Verhältnis eine geringe Anschubfinanzierung zum zusätzlichen Verwaltungsaufwand in den Finanzämtern steht: Im ersten Jahr würde die maximale Fördersumme pro Monat aus dem direkten Zuschuss zwischen 7,50 DM und 12,50 DM liegen.

■ Bei der vom Bundesfinanzministerium im Rahmen des Modells in Aussicht gestellten Förderung handelt es sich um eine zusätzliche

Förderung, d.h., es findet keine Verrechnung mit bereits bestehenden Fördertatbeständen statt (Vermögensbildungsgesetz, Sonderausgabenabzug). Aber: Gefördert werden auch nur zusätzliche Sparanstrengungen.

■ Eine Kinderkomponente ist sehr schwach ausgeprägt bzw. bei zu versteuernden Einkommen über 35.000 DM / 70.000 DM gar nicht vorhanden. Im Modell mit steuerlichen Zuschüssen innerhalb der Einkommensgrenzen des Vermögensbildungsgesetzes werden Kinder zwar berücksichtigt, dies aber nur soweit, indem mit zunehmender Kinderzahl die Zuschüsse etwas weniger gekappt werden. Allerdings findet eine zusätzliche Förderung über das zweite Kind hinaus nicht statt, d.h. wer mehr Kinder hat, bekommt keine Mark mehr. Die dabei festgesetzten Höchstbeträge, die die Förderung begrenzen, sind willkürlich festgelegt.

■ Die sich daraus ergebenden Verteilungswirkungen sind äußerst problematisch: Das Bundesfinanzministerium hat bis heute keine Beispiele durchgerechnet, wie sich die Förderung im Einzelfall auswirkt. Nach den von uns veranlassten Berechnungen des Gesamtver-

bandes der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV) ergibt sich folgendes Bild:

➔ Verheiratete (ohne Kinder) mit einem monatlichen Bruttoeinkommen von 3.000 DM müssen 120 DM ansparen und erhalten einen Zuschuss von 58,33 DM. Haben sie ein Kind, erhalten sie einen Zuschuss von 60 DM - also gerade einmal 1,67 DM pro Monat. Haben sie mehr Kinder, beträgt die Förderung ebenfalls 60 DM. Geringverdiener mit mehr als einem Kind gehen also leer aus - sie bekommen keine zusätzliche Mark Förderung!

➔ Verheiratete (ohne Kinder) mit einem monatlichen Bruttoeinkommen von 5.000 DM müssen 200 DM ansparen, um einen Zuschuss von 58,33 DM zu erhalten. Mit einem Kind erhalten sie einen Zuschuss von 75 DM, mit zwei Kindern 80 DM. Weitere Kinder werden im Modell nicht berücksichtigt. Die Kinderkomponente beträgt in diesem Beispiel für das erste Kind immerhin noch 16,67 DM, für das zweite dagegen nur noch 5 DM. Ab dem dritten Kind gibt es keinen zusätzlichen Zuschuss mehr!

➔ Ab einem monatlichen Brutto-Einkommen von rd. 8.000 DM gibt es überhaupt keine Kinderkomponente mehr. Familien mit Kindern

sind dann allein auf die Förderung durch den Steuervorteil angewiesen, der natürlich mit steigendem Einkommen bzw. der Zahl der Kinder sinkt. So erhält ein Alleinstehender mit einem Bruttoeinkommen von 8.000 DM einen Steuervorteil von 134,33 DM, während dieser Vorteil beim Familienvater mit zwei Kindern lediglich 92,33 DM beträgt. Dafür müssen beide allerdings jeweils 320 DM pro Monat eigene Ersparnisse bilden.

Viertens: Worauf es auch ankommt – der Ausgleichsfaktor

■ Der von der rot-grünen Koalition vorgeschlagene „Ausgleichsfaktor“ ist in Wirklichkeit ein reiner Kürzungsfaktor bzw. ein „Quasi-Obligatorium“. Das Sicherungsniveau in der gesetzlichen Rentenversicherung wird völlig unalkulierbar, denn die Höhe der gesetzlichen Rente hängt künftig auch von der nicht vorhersehbaren Verzinsung von Kapitalanlagen ab.

■ Arbeitsminister Riester unterstellt in seinem Konzept eine Durchschnittsverzinsung bei Kapitalanlagen von 5,5%. Diese Annahme ist willkürlich gegriffen. Wichtig aber ist: aufgrund dieser Annahme sinkt das Rentenniveau aus der ge-

setzlichen Rente im Jahr 2050 nach Riesters Berechnungen auf 54% ab. Bei einer anderen Annahme, z.B. 4% Verzinsung, ergibt sich ein Rentenniveau von 59,5% und bei 3,25% Verzinsung ein Rentenniveau von 62%.

Diese Beispiele legen die ganze Unkalkulierbarkeit der gesetzlichen Rente in Zukunft offen! Unsere Forderung lautet daher: Eine Vermengung von gesetzlicher Rente und privater Vorsorge darf es nicht geben, weil die gesetzliche Rentenversicherung sonst zu einem unalkulierbaren Risiko wird.

Jüngstes Beispiel: Die SPD will beim „Ausgleichsfaktor“ jetzt eine Verzinsung von 4% statt bisher 5,5% unterstellen, offenbar, um das Rentenniveau für die Öffentlichkeit künstlich anzuheben und den Ausgleichsfaktor in einem günstigeren Licht erscheinen zu lassen. Bereits dieser Versuch zeigt überdeutlich: Jeglicher Manipulation würde künftig Tür und Tor geöffnet – das Rentenniveau kann nach Gutdünken verändert werden. So schafft man kein Vertrauen in die neue Rente.

■ Problematisch ist darüber hinaus: Der „Ausgleichsfaktor“ trifft nur die unter 50jährigen – und zwar umso härter, je jünger sie

sind. Die rentennahen Jahrgänge und die heutige Rentnergeneration werden weitgehend verschont. Der Spielraum, privat Vorsorge zu betreiben, wird für die junge Generation massiv eingeschränkt.

Aussetzung Nettoanpassung

■ Wenn eine neue Rentenformel verabschiedet wird, so muss diese auch schon 2001 gelten. Die im Haushaltssanierungsgesetz der Bundesregierung beschlossene Aussetzung der Nettoanpassung und die Renten-anpassung entsprechend der Inflationsrate ist deshalb rückgängig zu machen.

Mindestsicherung in der Sozialhilfe

■ Der von der Koalition vorgeschlagene Verzicht auf den Rückgriff gegenüber unterhaltsverpflichteten Kindern ist problematisch, weil dadurch der Familienzusammenhalt geschwächt wird, weitere Ungerechtigkeiten eingeführt und Missbrauchsmöglichkeiten eröffnet werden. Das wäre die Mindestsicherung durch die Hintertür! Zudem würden dadurch die Kommunen erheblich belastet. Stattdessen wäre eine grundsätzliche Reform der Sozialhilfe denkbar, die aber getrennt von der Rentenreform erfolgen muss.



Der faire Sozialstaat

Anlässlich der Vorstellung des Diskussionspapiers „Der faire Sozialstaat - eine neue Politik für eine neue Zeit“ erklären die CDU-Bundeschefin Angela Merkel und der Leiter der CDU-Sozialstaatskommission Christian Wulff:

Der deutsche Sozialstaat muss reformiert werden, damit soziale Sicherheit auch in Zukunft auf einem sicheren Fundament stehen kann. Zum einen, weil steigende Kosten, hohe Komplexität und mangelnde Transparenz an die Grenze der Leistungsfähigkeit führen; zum anderen, weil undurchsichtige und nicht beabsichtigte Umverteilungseffekte sowie die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung eine Überprüfung von Zweckmäßigkeit und Gerechtigkeit des gesamten Systems erforderlich machen. Die Vermutung, dass höherer Mitteleinsatz auch zu mehr Gerechtigkeit führt, ist falsch.

Die CDU hat die Weiterentwicklung der Sozialen Marktwirtschaft unter den Bedingungen von Globalisierung und Entwicklung hin zur Wissensgesellschaft

zu einem Arbeitsschwerpunkt gemacht. Wir wollen wirtschaftliche und soziale Kompetenz beweisen. Deutschland braucht eine Debatte, wie Gerechtigkeit tatsächlich verwirklicht werden kann.

Mit dem Diskussionspapier „Der faire Sozialstaat - eine neue Politik für eine neue Zeit“ unserer Präsidiumscommission „Sozialstaat 21 - Arbeit für alle“ skizzieren wir unsere Vorschläge für soziale Verantwortung im 21. Jahrhundert. Im Kern geht es dabei um die Frage, was im Zeitalter von Globalisierung und Digitalisierung, im Wandel zur Wissensgesellschaft unter „sozial“ zu verstehen ist. Es geht um Gerechtigkeit in einem umfassenden Sinne: Um Lebenschancen, Lebensqualität und sozialen Ausgleich.

Wodurch zeichnet sich die neue Zeit aus?

Globalisierung, Individualisierung, Wandel zur Wissensgesellschaft und demographische Entwicklungen erzeugen die **Veränderungen** im wirtschaftlichen

und gesellschaftlichen Leben. Angesichts hohen Wettbewerbsdrucks können die Finanzvolumina im Sozialbereich nicht weiter steigen. Große Lebensrisiken, die der Einzelne alleine nicht schultern kann, müssen jedoch auch in Zukunft von der Solidargemeinschaft getragen werden. Dies bedeutet, dass sich die sozialen Sicherungssysteme stärker in Richtung einer Basisicherung orientieren müssen.

Wir brauchen die Rückbesinnung auf die Grundsätze der Sozialen Marktwirtschaft. Soziale Marktwirtschaft ist nicht einfach ein „dritter Weg“, irgendwo zwischen Kapitalismus und Sozialismus. Die Soziale Marktwirtschaft beschreibt eine konkrete Ordnung. Dabei setzt sie vor allem auf Eigenverantwortung (Subsidiarität), Wettbewerb und sozialen Ausgleich. Im Geiste der Sozialen Marktwirtschaft trauen wir den Menschen etwas zu.

Was ist die neue Politik für die neue Zeit?

Erstens: Wir sprechen vom „fairen Sozialstaat“,

weil Fairness die Aspekte deutlich anklängen lässt, auf die es uns ankommt: nämlich die Gegenseitigkeit von Solidarität, die Verhältnismäßigkeit von Leistung und Gegenleistung, von Inanspruchnahme von Rechten einerseits und Anerkenntnis von Pflichten andererseits. Soziale Gerechtigkeit hat viele Facetten: sie beinhaltet das Recht auf ein Leben in Würde ebenso, wie Gerechtigkeit zwischen den Generationen, oder Chancen- und Leistungsgerechtigkeit. In dieser umfänglichen Sicht sprechen wir vom „fairen Sozialstaat“, der abseits veralteter Verteilungsideologien vor allem die Talente und Lebenschancen der Menschen ins Blickfeld rückt.

■ Sozial fair bedeutet, dass in erster Linie denjenigen geholfen wird, die die Hilfe der Solidargemeinschaft wirklich brauchen. Unser Ziel ist es, dass jeder eine Aufgabe hat und niemand verloren geht. Unser Augenmerk muss vor allem denjenigen gelten, die aufgrund geringerer oder nicht mehr gebrauchter Qualifikation Schwierigkeiten haben, im raschen Wandel bestehen zu können. Soziale Verantwortung heißt mehr als Alimentierung. Alimentierungen zementieren vielfach die

Benachteiligungen. Sozial fair ist es, Benachteiligungen zu vermeiden und aufzubrechen.

■ Sozial fair bedeutet, keine Anreize zu geben, die ein Leben auf Kosten der Allgemeinheit attraktiv und erstrebenswert machen. Die Verweigerung von Leistung ist unsolidarisch. Wir wollen die Menschen zur Leistung befähigen, damit sie auf eigenen Beinen stehen und ihren Beitrag für die Gemeinschaft erbringen können.

■ Sozial fair bedeutet, Beschäftigung zu schaffen. Das Normengeflecht des Sozialstaates muss auf seine beschäftigungsfördernde Wirkung hin überprüft werden. Das Ziel „mehr Beschäftigung“ schließt steigende Beitrags- und Steuerlasten ebenso aus, wie mangelnde Flexibilität im Arbeits- und Tarifrecht. Wir wollen die Arbeitsmärkte öffnen, nach oben und nach unten. Jeder soll eine faire Chance erhalten, die Hochbegabten genauso wie die Schwächeren und geringer Qualifizierten. Gerade im Niedriglohnbereich braucht es neue Konzepte, durch Kombieinkommen aus Arbeitslohn und staatlichen Transfers. Dabei gelten die Grundsätze

■ Entlohnung entsprechend der Produktivität

■ wer arbeitet, muss mehr haben, als wenn er nicht arbeitet

■ staatliche Leistung nur gegen Gegenleistung

■ Arbeit ist besser als Arbeitslosigkeit.

■ Sozial fair bedeutet, dass bei der Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme die Leistungsfähigkeit berücksichtigt wird. Durch die enge Ankoppelung der Finanzierung an die nicht-selbständigen Beschäftigungsverhältnisse wird diesem Gedanken heute nicht mehr hinreichend Rechnung getragen.

Zweitens: Wir brauchen mehr Wettbewerb. Die Wissensgesellschaft stellt neue Anforderungen an die Menschen. Sie erzeugt eine andere Arbeitswelt und veränderte Erwerbsbiographien. Unser Sozialstaat ist stark an das Arbeitsleben gekoppelt. Wenn sich dieses ändert, bedingt dies zwingend auch Veränderungen in der sozialen Sicherung. Gleichzeitig besagt „Wissensgesellschaft“, dass die Bürger heute informierter und souveräner auftreten, als zu Beginn des Industriezeitalters. Eine konsequente Verwirklichung des Wettbewerbsprinzips ist daher heute gebotener

denn je. Eine Zunahme wettbewerblicher Elemente, auch innerhalb der sozialen Sicherungssysteme, befördert Wirtschaftlichkeit, Innovation und Wahlmöglichkeiten.

Mehr Wahlmöglichkeiten statt Bevormundung:

Die Versicherten sind mündige Bürger. Es ist weder sozialpolitisch gerechtfertigt noch passt es ins 21. Jahrhundert, einheitliche Leistungspakete für alle zu verordnen. Wir wollen, dass die Risiken, die der Einzelne alleine nicht tragen kann, von der Solidargemeinschaft geschultert werden. Darüber hinaus muss es mehr Wahlmöglichkeiten geben:

- In der Krankenversicherung durch eine klare Definition von Kern- und Wahlleistungen
- In der Altersvorsorge durch Wahlmöglichkeiten beim Aufbau der „Sparrente“
- Auch in der Arbeitslosenversicherung sind Wahlmöglichkeiten denkbar, etwa durch einen Beitragsabschlag etwa für den Fall, dass die Arbeitslosenversicherung erst eine gewisse Zeit nach Eintritt der Arbeitslosigkeit leistet.

Drittens: Wir brauchen Nachhaltigkeit als tragendes Prinzip: Damit die Menschen ihre Zukunftschancen nutzen können,

dürfen sie als Steuer- und Beitragszahler nicht überfordert werden. Zur Wahrung der Chancen zukünftiger Generationen ist die Verschiebung der Steuer- und Beitragslasten auf die Zukunft ebenfalls auszuschließen. Generationengerechtigkeit erfordert Generationensolidarität und schließt gleichzeitig aus, dass eine Generation strukturell auf Kosten einer anderen Generation lebt.

Wir gehen von den heute zur Verfügung stehenden demographischen Daten aus. Gerade bei der Altersvorsorge muss die Perspektive bis 2030 reichen. Nur mit einem weit in die Zukunft reichenden Ansatz kann sowohl Sicherheit und Verlässlichkeit für die heutige Rentnergeneration sowie Planbarkeit und Kalkulierbarkeit für die jüngeren Generationen sichergestellt werden.

Wir brauchen in Deutschland wieder ein ganzheitliches Verständnis von Sozialpolitik. Der Sozialstaat darf nicht missinterpretiert werden als eine Einrichtung zur Verteilung von Geld. Der Sozialstaat muss mehr sein als ein „Reparaturbetrieb“. An erster Stelle müssen die Perspektiven und Lebenschancen der Menschen stehen. Deshalb sagen wir:

Sozial ist, was Chancen eröffnet und Teilhabe ermöglicht.

Dabei geht es darum, den Sozialstaat so zu gestalten, dass er im Zusammenspiel mit einer modernen Wirtschafts- und Steuerpolitik, einer Offensive für exzellente Bildungschancen und einer zukunftsweisenden Familienpolitik für alle Bürgerinnen und Bürger die Teilhabe an einer dynamischen und sozial-fairen Gesellschaft ermöglicht. Die Reform des Sozialstaates betrachten wir als integralen Bestandteil einer grundlegenden Modernisierung von Staat und Gesellschaft, als Teil einer **neuen Politik für eine neue Zeit** im 21. Jahrhundert.

[http://](http://www.cdu.de/projekt21)

Den Wortlaut des Diskussionspapiers finden Sie unter www.cdu.de/projekt21

Das Papier gliedert sich in vier Teile. **Kapitel I** „Eine neue Politik für eine neue Zeit“ beschreibt unser Grundverständnis von Sozialpolitik im 21. Jahrhundert. Wichtige offene Punkte, die wir bis Anfang nächsten Jahres klären wollen, sind in Punkt 23 (Seite 13) zusammengefasst. Dort sind die Themen „Generationen und Transferbilanzen“,

„mehr Transparenz etwa durch Mitteilungen über in Anspruch genommene Gesundheitsleistungen“ oder über den „Stand“ bei der Altersversorgung angesprochen. **Kapitel II** beschäftigt sich mit mehr Dynamik für den Arbeitsmarkt. **Kapitel III** mit der Altersvorsorge der Zukunft und **Kapitel IV** mit dem Gesundheitswesen der Zukunft.

Kapitel II „Faire Chancen für alle - mehr Beschäftigung durch eine neue Balance zwischen Schutz und Chance“ macht folgende konkrete Vorstellungen:

- Mehr Raum für betriebliche Lösungen durch Konzentration des Tarifvertrags auf seine ursprünglichen Kernbereiche (Punkt 29)
- Nutzung von Arbeitszeitguthaben auch für Zeiten der Qualifizierung oder zum
- Ausbau einer kapitalgedeckten privaten Alterssicherung (ebenda)
- Diskussion eines Optionsmodells beim Kündigungsschutz, welches Kündigungschutzregelungen bei vereinbarten Abfindungsregelungen ausschließt (ebenda)
- Befristete Arbeitsverträge weiter ermöglichen (ebenda)
- Verbesserte Möglichkeiten für betriebliche Bündnisse für Arbeit durch eine

gesetzliche Klarstellung des Günstigkeitsprinzips (ebenda)

- Verlängerung der Arbeitnehmerüberlassung von 12 auf 36 Monate (ebenda)
- Weniger Bürokratie für geringfügige Beschäftigungsverhältnisse (ebenda)
- Zusammenführung von Arbeitslosen und Sozialhilfe (ebenda)
- Mehr Chancen für Geringqualifizierte durch Kombilohnmodelle (Punkt 30)

Kapitel III „Für einen fairen Generationenvertrag – Altersvorsorge im 21. Jahrhundert“ beschreibt ein neues Modell für die Altersvorsorge.

Wichtigstes Ziel ist die Schaffung von neuem Vertrauen durch Ehrlichkeit, Transparenz und Glaubwürdigkeit. Das CDU-Modell für eine neue Altersvorsorge steht für wirtschaftliche Sicherheit im Alter, für eine Lebensstandardsicherung durch die optimale Kombination und Verzahnung aller Altersvorsorgesysteme sowie für Generationengerechtigkeit zwischen und innerhalb der Generationen. Die eingeschränkte Leistungsfähigkeit von Familien, für das Alter Vorsorge zu treffen, wird durch eine gesonderte Kinderkomponente berücksichtigt.

Um Lebensstandardsicherung zu gewährleisten, soll die umlagenfinanzierte „Barrente“ durch eine kapitalgedeckte „Sparrente“ ergänzt werden. Die zweite und dritte Säule der Altersvorsorge soll gestärkt werden.

Zur Förderung der „Sparrente“ sind folgende Maßnahmen vorgesehen:

- Übergang zur nachgelagerten Besteuerung in der gesamten Altersvorsorge (Punkt 33)
- Ein Recht auf Entgeltumwandlung bzw. eine begrenzte Umleitung von Rentenversicherungsbeiträgen in die private Vorsorge (ebenda)
- Freistellung der Beiträge für die „Sparrente“ durch Befreiung der Vorsorgeaufwendung von Steuern und Beiträgen zur gesetzlichen Rentenversicherung (ebenda)
- Direkte Einkommens-transfers in Form von Alterssparprämien bei niedrigerem Einkommen (ebenda)
- Familienförderung durch Einführung einer Kinderkomponente (ebenda)
- Wahlmöglichkeiten im Rahmen einer breiten Palette privater und betrieblicher Formen der Altersvorsorge (ebenda)
- Neuregelung der betrieblichen Altersvorsorge durch Ausweitung der Möglichkeit von Beitragszusa-

gen (statt Leistungszusagen) (ebenda)

■ Wahrung der Freiwilligkeit. (ebenda)

■ Die CDU lehnt den Einstieg in die Einheitsrente nach Kassenlagen ab. Sie hält daher an der beitrags- und leistungsbezogenen Rente als feste erste Säule der Alterssicherung fest. Die Rentenanpassungen müssen in Zukunft wieder nach verlässlichen Kriterien erfolgen. (Punkt 36) Die Versicherten sollten ab 2001 einen Kontoauszug erhalten, aus dem sich die späteren Leistungsansprüche ergeben. (ebenda) Die Erwerbsphase soll verlängert werden durch früheren Eintritt in das Berufsleben. (Punkt 37) Eine abschlagsfreie Rente soll es bereits nach 45 Versicherungsjahren geben. (Punkt 38) Die Absicherung bei Erwerbsunfähigkeit soll im Rahmen der gesetzlichen Rentenversicherung erhalten bleiben. (Punkt 39)

Kapitel IV „Fairness im Gesundheitswesen – für leistungsfähige Strukturen“ schlägt für das Gesundheitswesen folgende Reformmaßnahmen vor:

■ Mehr Transparenz durch Information über Behandlungskosten (Punkt 43)

■ Eine Neudefinition der

Leistungen, die künftig kollektiv bzw. stärker privat getragen werden können (Punkt 44)

■ Solidarische Finanzierung von Kernleistungen (Punkt 46)

■ Finanzierung der Wahlleistung allein aus den Beiträgen der Versicherten (Punkt 47)

■ Stärkung der Selbstverwaltung und mehr Wettbewerb zwischen Leistungsanbietern und Krankenkassen. U.a. soll den gesetzlichen Krankenversicherungen das Recht zur Kündigung unwirtschaftlicher und

nicht bedarfsnotwendiger Krankenhäuser eingeräumt werden. Die privaten Krankenversicherungen sollen die Möglichkeit direkter Vertragsvereinbarungen mit den Leistungserbringern erhalten. (Punkt 48)

■ Überprüfung der Lohnanbindung für die Finanzierung (Punkt 49)

■ Prävention und Rehabilitation stärken (Punkt 50)

■ Nutzung der Chancen für mehr Arbeitsplätze durch einen wachsenden Gesundheitsmarkt. (Punkt 52)

UD

ANGELA MERKEL

EVP setzt sich für Ende der Sanktionen gegen Wien ein

Die EVP, der Zusammenschluss der konservativen und christdemokratischen Parteien in Europa, hat die Präsidentschaft der EU aufgefordert, den Sanktionen von vierzehn EU-Länder gegen Österreich ein Ende zu setzen. Für die diplomatischen Sanktionen auf bilateraler Ebene, die nach dem Einzug der rechtsextremen FPÖ in die Wiener Regierung verhängt worden waren, gebe es „keine

rechtliche Basis“, sagte der Vorsitzende der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament, Hans Gert Pöttering.

Vorher hatte die EVP bei Gegenstimmen aus Belgien beschlossen, die Österreichische Volkspartei (ÖVP) wieder mit vollen Rechten an der EVP teilnehmen zu lassen, da die Zusammenarbeit mit der FPÖ weder die Demokratie noch den Rechtsstaat in Österreich gefährde.

Eine fatale Entscheidung mit schwerwiegenden Folgen

Zum Ergebnis des zwischen Bundesregierung und Energiewirtschaft ausgehandelten Ausstiegs aus der Atomenergie erklärten die Stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dr. Klaus W. Lippold, und der energiepolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Kurt-Dieter Grill:

Egal wie auch immer die Bundesregierung oder Vertreter der Wirtschaft das Ergebnis des Kernenergieausstiegs zu rechtfertigten suchten, ist eindeutig festzuhalten: Verlierer ist mit Sicherheit die Bundesrepublik Deutschland.

Die Ausstiegsvereinbarung ist außenpolitisch und technologiepolitisch für die Industrienation Deutschland ein völlig falsches Signal. Die Bundesrepublik verabschiedet sich damit aus einem weltweit weiter expandierenden Markt und aus der weltweiten Kernenergiesicherheitspolitik. Wer aussteigt, der kann in Sicherheitsfragen nicht mehr mitreden.

Katastrophal ist das Ergebnis auch für den Klima-

schutz. Die Bundesrepublik Deutschland hat kein tragfähiges Konzept, wie die Klimaschutzziele bis 2005 erreicht werden können. Der Kernenergieausstieg führt zusätzlich dazu, dass mittel- und langfristig die Klimaschutzziele nicht eingehalten werden können. Hier setzen wir weltweit völlig falsche Signale für die Klimaschutzpolitik.

Die Ausstiegsvereinbarung entwertet auch die ohnehin schon düftigen Ergebnisse des von Bundeswirtschaftsminister Müller initiierten Energiedialogs 2000. Das ist jetzt alles Makulatur.

Die rot-grüne Lüge von der mangelnden Sicherheit der Kernkraftwerke ist jetzt auch endgültig vom Tisch. Denn wer 32 Jahre Laufzeit verabredet, würde in höchstem Maße unverantwortlich handeln, wenn er nicht von der Sicherheit der Kernkraft überzeugt wäre. Damit wird der Ausstieg zur unsinnigen Symbolhandlung.

Darüber hinaus ist es auch nicht verwunderlich, dass die



K.D. Grill



Dr. K.W. Lippold

grünen Verhandlungspartner diese Vereinbarung akzeptiert haben. Ihnen ist das politische Rückgrat in den letzten Monaten mehrfach gebrochen. Sie verabschieden sich jetzt erneut von einer ihrer Positionen. Diesen Verlust an politischer Glaubwürdigkeit müssen sie mit sich selbst ausmachen.

Festzuhalten ist insbesondere, dass diese Vereinbarung kein Konsens ist. Sie ist das Ergebnis einer politischen Erpressung der Unternehmen durch die Bundesregierung. Die Union wird konsequenterweise diesen vereinbarten Kernenergieausstieg rückgängig machen. Zwischenlager dürfen nicht zu Endlagern werden. Die Union wird auf dem soliden Endlagerkonzept bestehen, und sie wird die Beteiligung der Bundesländer einfordern.

Vorbeugen ist besser als heilen

Anlässlich der Vorstellung deskriminalpolitischen Programms „20 Thesen zur Kriminalpolitik“ des Bundesarbeitskreises Christlich-Demokratischer Juristen (BACDJ) erklären der Generalsekretär der CDU Deutschlands, Ruprecht Polenz, der Vorsitzende des BACDJ, Minister a.D. Herbert Helmrich, sowie der Vorsitzende der Fachkommission „Kriminalpolitik“ im BACDJ, Minister a.D. Prof. Dr. Hans-Dieter Schwind:

Die CDU ist und bleibt die Partei der Inneren Sicherheit. Wir haben in den letzten Jahren viel im Kampf gegen das Verbrechen geleistet. Und wir wollen noch mehr tun. Einen weiteren wichtigen Schritt hat hierzu der BACDJ mit seinen heute vorgelegten „20 Thesen zur Kriminalpolitik“ unternommen. Die CDU-Präsidiumskommission „Sicherheit in Deutschland“ unter Vorsitz des Ministers des Inneren des Landes Brandenburg, Jörg Schönbohm MdL, wird mit ihrer Arbeit folgen.

Die Bürger erwarten von uns zu Recht, dass der Staat

seine Bürger schützt. Sie wollen eine Polizei, die nach dem Prinzip handeln darf: Zugreifen statt zusehen. Sie fordern eine Justiz, die mit schnellen Verfahren die Strafe der Tat auf dem Fuß folgen lässt. Und sie haben Anspruch auf einen Strafvollzug, der dem Schutz der Allgemeinheit in den Fällen Vorrang einräumt, in denen Resozialisierung nicht zu verwirklichen ist. Für diese Ziele steht die CDU.

Zukunftsorientierte Kriminalpolitik muss bei den Ursachen beginnen. Unsere Grundsätze heißen: „Vorbeugen ist besser als heilen“ und „Wer immer wieder rückfällig wird, braucht eine fühlbare Denkkzettelstrafe“. Die Weichen für ein straffreies Leben werden schon in der Jugend gestellt. Deshalb müssen wir die Erziehungsfähigkeit der Familien stärken. Der BACDJ fordert den Ausbau der Erziehungsberatung sowie eine spürbare materielle Entlastung der Familie: Kinder dürfen kein Armutsrisiko sein! Für die Schulen, die wirkungsvoll zur Gewaltprävention beitragen kön-

nen, fordern wir kleinere Klassen und jüngere Lehrer. Städtebauliche Nachbesserungen in anonymen Wohnquartieren verbunden mit der Stärkung nachbarschaftlicher Bindungen gehören ebenso zur Gewaltprävention wie der Verzicht auf Gewaltdarstellung in Film und Fernsehen, die beim Zuschauer eigene Gewaltschwellen senkt.

Die polizeilichen Kapazitäten sind noch mehr auf die Verhinderung von Straftaten auszurichten. Hierzu dient auch die Videoüberwachung krimineller Brennpunkte. Schließlich sind neue Strafen konsequent abzulehnen, die als Signale für eine Aufweichung des Strafrechts und eine beginnende Resignation der Rechtsgemeinschaft gegenüber dem Verbrechen verstanden werden. Wer – wie die Bundesjustizministerin Däubler-Gmelin jüngst vorgeschlagen hat – Verbrecher laufen lassen will, um Haftkosten zu sparen, macht das Sicherheitsinteresse unserer Bürger zum Spielball rein fiskalischer und ideologischer Beliebigkeit.

DIE THESEN IM EINZELNEN

THESE 1

Zur allgemeinen Kriminalitätslage:

Kriminalität, insbesondere Gewaltkriminalität und Wohnungseinbruch, hat in der Bundesrepublik wie in anderen vergleichbaren (europäischen) Staaten im Langzeitvergleich erheblich zugenommen; sie stört vor allem in Großstädten bereits den inneren Frieden des Landes und beeinträchtigt insofern die Lebensqualität unserer Bürgerinnen und Bürger.

THESE 2

Zur weiteren Kriminalitätsentwicklung:

Die bedrohliche Kriminalitätsentwicklung wird sich weiter fortsetzen und zunehmend in den Vordergrund der innenpolitischen Probleme aufrücken, sofern nicht energisch kriminalpolitisch gegengesteuert wird.

THESE 3

Kriminalpolitik als Strafrechts- und Sozialpolitik:

Kriminalpolitik ist nicht

nur Rechtspolitik auf dem Gebiet der Strafrechtspflege, sondern vor allem präventionsorientierte Sozialpolitik.

THESE 4

Zur Analyse der Kriminalitätsursachen:

Rationale Kriminalpolitik muss bei den Ursachen kriminellen Verhaltens ansetzen, bzw. auf den Resultaten der Wirkungsforschung aufbauen. Tendenzen, die entsprechende kriminologische Forschung aus finanziellen Gründen zu reduzieren, ist daher entgegenzutreten.

THESE 5

Zur Stärkung der Erziehungsfähigkeit der Familie:

Die familiäre Erziehung ist für das spätere rechtstreu Verhalten des Menschen von entscheidender Bedeutung. Deshalb muss die Erziehungsfähigkeit der Familie auch aus kriminalpolitischer Sicht gestärkt werden. Zugleich sollte der Gedanke der Mitverantwortung der Eltern für die Verhinderung von Rechtsbrüchen ihrer Kinder in das Bewusstsein gerückt werden.

THESE 6

Zur schulischen Erziehung und Gewaltprävention:

Die Erziehungsaufgabe der Schule erstreckt sich auch auf die Entwicklung von Rechtsgefühl und Wertebewusstsein.

THESE 7

Zur Förderung der beruflichen Bildung und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit:

Berufliche Ausbildungsdefizite und Arbeitslosigkeit können die Anfälligkeit gegenüber kriminellen Einflüssen erhöhen. Die Förderung der beruflichen Bildung und die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, vor allem die Verhinderung von Langzeitarbeitslosigkeit, sind daher auch aus kriminalpolitischer Sicht wichtig.

THESE 8

Zur Förderung einer sinnvollen Freizeitgestaltung:

Die Erfahrung zeigt, dass junge Menschen, die einer sinnvollen Freizeitgestaltung nachgehen, grundsätzlich weniger für Kriminalität oder sonst sozial abweichendes Verhalten anfällig sind als andere. Die

Förderung sinnvoller Freizeitgestaltung liegt daher auch im Interesse der Kriminalpolitik. Deshalb sind Streichungen in den entsprechenden Etats der Kommunen kontraproduktiv.

THESE 9

Zu Städtebau und Kriminalität:

Die für die Kriminalprävention kaum genutzten Potentiale der Stadtplanung sollten zunehmend ausgepöft werden.

THESE 10

Zur Verantwortung der Medien:

Die Medien haben im Rahmen ihrer gesellschaftlichen Verantwortung einen Beitrag zur Kriminalitätsverhütung zu leisten. Insbesondere brutale und gewalttätige Szenen im Fernsehen, Kino und bei Video- und Computerspielen sowie im Internet müssen abgebaut werden und eine gesellschaftliche Ächtung erfahren.

THESE 11

Zur Ausländerpolitik:

Die kriminelle Belastung legal hier lebender Ausländer der Zweiten und

Dritten Generation bereitet ebenso Sorgen wie die Kriminalität von Wirtschaftsflichtlingen und illegal zugewanderter Gruppen. Voraussetzung für eine wirksame Gegensteuerung ist eine auf Begrenzung und Integration ausgerichtete konsequente Ausländerpolitik.

THESE 12

Zur Bekämpfung des Rauschmittelmissbrauchs:

Zur Bekämpfung des Rauschmittelmissbrauchs ist vor allem der weitere Ausbau der Maßnahmen zur Vorbeugung sowie eine weitere Differenzierung und Vernetzung der Angebote zur Beratung, Behandlung und Nachsorge von Rauschmittelabhängigen und die entschlossene Bekämpfung der im Zusammenhang mit dem Rauschmittelmissbrauch stehenden sozialschädlichen Handlungsweisen notwendig.

THESE 13

Verbesserung der polizeilichen Arbeit:

Die Leistungsfähigkeit der Polizei muss auch in der Kriminalitätsvorbeugung weiter ausgebaut werden.

THESE 14

Zu den kriminalpolitischen Aufgaben des Strafrechts:

Strafrecht und Strafverfolgung können nicht durch andere Systeme der Sozialkontrolle ersetzt werden. Das Strafrecht muss Schuldstrafrecht bleiben; seine präventive Wirkung ist zu steigern.

THESE 15

Erziehung zur Verantwortung im Jugendstrafrecht:

Die seit langem bewährten Strukturen und die Vielfalt erzieherischer Maßnahmen des Jugendgerichtsgesetzes sind zu erhalten. Leitlinie ist, dass der junge Mensch lernen muss, für eigenes Fehlverhalten einzustehen, zugleich aber Hilfe erfahren soll.

THESE 16

Verbesserte Verbrechenaufklärung und Beschleunigung des Strafverfahrens:

Je mehr Straftaten aufgeklärt und je rascher sie geahndet werden, desto größer ist die präventive Wirkung.

THESE 17

Zur Weiterentwicklung des Strafvollzugs:

Der Strafvollzug dient

dem Schutz der Allgemeinheit und der Wiedereingliederung des Straftäters. Soweit gefährliche Gewalt- oder Sexualstraftäter beeinflussbar erscheinen, ist die Zeit der Haft für Behandlung und Therapie intensiv zu nutzen. Gefangenen soll während der Haft nach Möglichkeit Gelegenheit zur Aus- und Weiterbildung sowie zu einem Schul- oder Berufsabschluss gegeben werden. Die Entlassung aus der Haft und der Übergang in die Freiheit sind sorgfältig vorzubereiten.

THESE 18

Alternativen zu freiheitsentziehenden Maßnahmen:

Alternativen zu freiheitsentziehenden Maßnahmen sind vor allem in einer besseren Ausgestaltung der Straf(rest)aussetzung zur Bewährung zu sehen und bei Jugendlichen auch in der Einführung von intensiven Maßnahmen sozialen Trainings in Freiheit.

THESE 19

Hilfe für die Opfer von Straftaten:

Opfer von Straftaten haben häufig ein Leben lang unter den Schäden der Straftaten zu leiden und verdienen in hohem

Maße Aufmerksamkeit und Hilfe der Gesellschaft.

THESE 20

Beteiligung der Bevölkerung an der Kriminalprävention:

Die Kriminalitätsverhütung gehört zu den gesamtgesellschaftlichen Aufgaben. Kriminalpolitik muss deshalb so konzipiert werden, dass sie von der Bevölkerung akzeptiert werden kann und diese deshalb bereit ist, an ihr nach ihren Möglichkeiten mitzuwirken.

UID

GUNNAR ULDALL

Erfolge nur in der Statistik

Die Arbeitslosenzahlen vom Mai und die Beschäftigungszahlen vom März – neuere liegen leider nicht vor – belegen eine Stagnation. Trotz steigender Wachstumsraten sinkt die Arbeitslosenzahl auch im Mai überwiegend nur in dem Maße, in dem aus demographischen Gründen mehr Menschen aus dem Erwerbsleben ausscheiden als jüngere einen Arbeitsplatz finden. Trotzdem kann sich

die Bundesregierung über eine stark gesunkene Arbeitslosenquote freuen. Warum? Im April wurde die Beschäftigungszahl, die die Bezugsgröße für die Berechnung der Arbeitslosenquoten ist, neu festgestellt. Vor allem wegen einer neuen Methode der Erfassung geringfügig Beschäftigter wird die Zahl der „Abhängig beschäftigten zivilen Erwerbspersonen“ mit 36,89 Millionen um 1,75 Millionen Personen höher ausgewiesen

als bisher. Allein dadurch sinkt die Arbeitslosenquote rein rechnerisch um 0,4 %. Das ist fast die Hälfte des von der Regierung gefeierten „Erfolgs“ auf dem Arbeitsmarkt.

Ich kann deshalb nur die Forderung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion wiederholen, die Beschäftigtenzahl und nicht die Arbeitslosenzahl oder -quote zum Maßstab erfolgreicher Wirtschaftspolitik zu machen.

ZUR SACHE ! ZUR SACHE ! ZUR SACHE !

STEUERREFORM:

Wissenschaft bestätigt CDU – Konzept der Regierung falsch

Jetzt haben sich auch 78 führende deutsche Wirtschafts-Professoren auf die Seite der CDU gestellt und die rot-grüne Steuerreform scharf kritisiert: Sie „wäre der größte Fehler, der im Steuerrecht in Deutschland jemals begangen worden wäre.“

KONKRET: Wie auch die CDU lehnen die Professoren die unterschiedliche Besteuerung von großen Unternehmen und Mittelstand ab: „Es handelt sich um eine Steuerreform für Konzernfunktionäre.“ Die Professoren bezweifeln zudem, dass die geplante Bevorzugung von Großunternehmen „einer verfassungsrechtlichen Überprüfung standhalten“ kann.

KONKRET: Kleinaktionäre sollen massiv schlechter gestellt werden, während Aktienbesitzer mit einem hohen Einkommen laut Professoren „künftig weniger Steuer zahlen als jeder andere Einkommensteuerpflichtige mit demselben Einkommen“.

KONKRET: Weil es für Kleinanleger zu einer deutlichen Mehrbelastung kommt, warnen die Professoren: „Auch die Absicht der Förderung des Erwerbs von Unternehmenseigentum bei breiten Schichten der Bevölkerung - insbesondere auch als Form der Altersvorsorge - wird auf den Kopf gestellt.“ Statt Hilfe bei der zusätzlichen privaten Altersvorsorge werden die Bezieher

geringer und mittlerer Einkommen bei Rot-Grün abkassiert.

KONKRET: Geht es nach Rot-Grün, werden es Existenzgründer künftig schwerer haben, an das von ihnen so dringend benötigte Kapital zu kommen. Denn für etablierte Unternehmen ist es steuerlich künftig interessanter, Kapital im Betrieb zu belassen, anstatt es auszuschütten und damit den Existenzgründern zur Verfügung zu stellen.

KONKRET: Wie auch die CDU halten die Professoren die geplante Neuregelung für zu kompliziert: „Die behaupteten Ziele der Steuerreform, namentlich Einfachheit, Transparenz und Planungssicherheit, würden auf den Kopf gestellt.“ Und weiter: „Die Steuerbegünstigung einbehaltener Gewinne spricht dem vorgeblichen Ziel der Steuerreform, zu mehr Steuergerechtigkeit zu führen, Hohn.“

Statt niedriger-einfacher-gerechter, wie es der Steuerreform-Vorschlag der CDU vorsieht, soll es künftig heißen: höherkomplizierter-ungerechter. Das ist mit uns nicht zu machen!

CDU



CDU-Beach-Volleyball

Bestell-Nr.: 9158

Preis je Ball: 21,60 DM

Wasserspritztieren

Bestell-Nr.: 9559

Verpackungseinheit je
30 Stück: 29,95 DM



Basball-Cap

Bestell-Nr.: 9416

Preis je Expl.: 8,00 DM

Mit der CDU in den Sommer



CDU-Strandtuch /

Größe 0,70 x 1,40 m

Bestell-Nr.: 9458

Preis je Expl.: 19,90 DM



CDU-Wasserball

Bestell-Nr.: 9778

Preis je 10 Expl.: 20,00 DM

Postkarte:

„ausnahmsweise
mal was schönes
in rot-grün“

Bestell-Nr.: 9618

Preis je 250 Expl.:
35,00 DM



T-Shirt „weiß“

Bestell-Nr.:

9481 Größe S

9482 Größe M

9483 Größe L

9484 Größe XL

9485 Größe XXL

Preis je Expl.:

12,00 DM

T-Shirt „schwarz“

Bestell-Nr.:

9443 Größe S

9444 Größe M

9445 Größe L

9446 Größe XL

9447 Größe XXL

Preis je Expl.:

12,00 DM

**Gummibärchen-
Minitüten**

Bestell-Nr.: 9547

1 Runddose mit 100

Tütchen: 19,90 DM





dass SIE UNS IM URLAUB JA NICHT ROT WERDEN!

Schöne Ferien!



CDU
mitten im Leben.

Sommerplakat DIN A0 „Schöne Ferien“

Bestell-Nr.: 7668

Preis je 50 Expl.: 60,00 DM

Sommerplakat DIN A1 „Schöne Ferien“

Bestell-Nr.: 7667

Preis je 50 Expl.: 30,00 DM

Union Betriebs GmbH
Postfach 1190
53348 Rheinbach
PVSt, Deutsche Post AG
Entgelt bezahlt.



**dass SIE UNS IM URLAUB
JA NICHT ROT WERDEN!**

Schöne Ferien!



CDU

mitten im Leben.

Sommerwandzeitung DIN A2 quer
„Schöne Ferien“

**BESTELL-
ANSCHRIFT**

IS-Versandzentrum
Postfach 1465
59306 Ennigerloh
Telefax 02524/911310
e-mail:
cdu-shop@bertelsmann.de